

EP-03 BDK Europa - B Was Gerechtigkeit schützt

Gremium: für KMV eingepflegt
Beschlussdatum: 23.09.2023
Tagesordnungspunkt: EP-WP BDK Europawahlprogramm

Antragstext

1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie und zunehmende Wetterextreme haben
2 viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Familien und
3 Rentner*innen mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhafte Einschnitte
4 hinnehmen. Für viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage
5 weggebrochen. Und bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen gestiegene
6 Lebenshaltungskosten für akute, bisweilen gar existenzielle Nöte.

7 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich ist, wenn
8 wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.

9 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und Zusammenhalt. Europa
10 bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von Millionen von
11 Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die Menschen in
12 Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen können,
13 der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.

14 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte
15 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU kann
16 zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten Wohlstand
17 überhaupt erst ermöglichen. Ein Wohlstand, der bei denen ankommen muss, die ihn erarbeiten.
18 Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für klimaneutrales
19 Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und schaffen gute Jobs für
20 Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand in Hand und
21 bedingen einander.

22 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den Schutz jeder
23 und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die Rechte der
24 Arbeitnehmer*innen gegen Ausbeutung. Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den Anspruch der
25 Bürger*innen auf wirksame Medikamente und den Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung.
26 Es sorgt dafür, dass Verbraucher*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es trägt dazu bei,
27 dass Familien besser abgesichert sind und Kinder eine gute Zukunft haben.

28 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale Union, die
29 sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben in Würde und
30 Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und einem Auskommen
31 ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein
32 Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

33 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst wird. Dafür
34 wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die Bedingungen dafür
35 verbessern, dass alle Europäer*innen noch einfacher und sicherer überall in der Union leben
36 und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

37 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne und starke
38 Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle in der EU,
39 egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale Infrastruktur die
40 wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine Infrastrukturunion für

41 alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare
42 Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung wirksam vor.

43 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt und vor Ort
44 einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität sprechen, dann
45 geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung des europäischen Sozialmodells,
46 das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und materielle
47 Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die
48 Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der demografische
49 Wandel die Arbeitswelt verändern.

50 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales Europa
51 angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten sozialen Politik.
52 Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen rechtsverbindliche
53 und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der Sozialstaat
54 institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf soziale
55 Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

56 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen, das
57 solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das gerechte Europa
58 ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum Mailand, in der
59 Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair bezahlter
60 Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.

61 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es bekämpft
62 soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die
63 Gleichstellung von Frauen und Männern, den Zusammenhalt zwischen den Generationen, Familien
64 und den Schutz der Rechte des Kindes. So ist es im Gründungsvertrag der EU angelegt. Für
65 diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa wollen wir sein.

66 1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit

67 Faire Löhne erreichen

68 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen Mitsprache
69 gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Wer von seiner
70 Arbeit verlässlich leben und seinen Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann sich auch bei
71 Veränderungen einbringen. Das stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute Standards in ganz
72 Europa gestalten und prekäre Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine starke
73 Sozialpartnerschaft und eine hohe Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige Grundlagen für
74 gute Arbeit.

75 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie schützt Wert
76 und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte in Europa
77 künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf unsere
78 Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht hat. Die
79 Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach klaren
80 Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir wollen, dass
81 die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird, sodass der gesetzliche
82 Mindestlohn steigt und auch in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für Beschäftigte
83 bietet. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden:
84 Mitgliedstaaten mit einer tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen

85 einen Aktionsplan vorlegen. Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit
86 Gerechtigkeit in der Mitte der Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die Reichweite von
87 Tarifverträgen in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die
88 Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich greift, muss ein wirksames
89 Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen Dumpinglöhne, damit Arbeit sich immer
90 lohnt.

91 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend ausbauen, indem
92 wir die Europäischen Betriebsräte stärken. Bereits seit Jahren fordern wir an der Seite der
93 Gewerkschaften, dass die EU-Kommission endlich die bestehende Richtlinie zu den Europäischen
94 Betriebsräten überarbeitet und Ausnahmeregelungen beendet. Dabei wollen wir die
95 Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische
96 Betriebsräte verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-Unternehmen in
97 die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere Vertretung von
98 Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen Betriebsräten ein.
99 Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue
100 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von Arbeitnehmer*innen ein, die
101 auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen abgestimmt ist.

102 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in einer sich
103 rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit ständiger
104 Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den Schutz der
105 Arbeitnehmer*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen.

106 Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken

107 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen entstehen
108 neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird flexibler,
109 beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Ausbeutung darf auch in der digitalen
110 Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte von
111 Arbeitnehmer*innen im digitalen Zeitalter ein.

112 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale Dienste anbieten
113 und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Die EU-Kommission schätzt, dass 4
114 Millionen davon Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen Gesetzgebung zu
115 Arbeitsbedingungen auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein,
116 Scheinselbstständigkeiten, die zu schlechten Arbeitsbedingungen und zu unzureichender
117 sozialer Absicherung führen, europaweit einen Riegel vorzuschieben. Es braucht zudem bessere
118 Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter anderem Arbeitsinspektionen
119 stärken.

120 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und
121 Arbeitnehmer*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch
122 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische Management. Die
123 ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und der
124 übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir beenden. Um
125 die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen wir uns für
126 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

127 Freizügigkeit einfacher machen

128 Dass EU-Bürger*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein Grundprinzip
129 der EU. Das eröffnet Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU. Damit das
130 für die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere Koordinierung
131 der nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

132 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger*innen der EU Sozialversicherungsansprüche, die
133 sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können
134 (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein: Die
135 Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen die
136 Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir wollen
137 deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen, um soziale
138 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können und die
139 bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler*innen abzubauen.

140 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Rentner*innen oder Menschen mit chronischen
141 Krankheiten oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein Europäischer
142 Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die Übertragbarkeit von
143 Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung entbürokratisieren.
144 Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales
145 Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu verhindern und einen
146 wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

147 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele Beschäftigte zum Alltag
148 und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer*innen geschätzt. Wir wollen, dass
149 auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern prinzipiell
150 auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb setzen wir uns
151 dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-weit im
152 Homeoffice zu arbeiten.

153 Ausbeutung bekämpfen

154 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer*innen funktioniert, ist darüber hinaus ein
155 wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus Österreich in
156 Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien: Unionsbürger*innen und
157 Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung,
158 wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

159 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, bei Lkw-Fernfahrer*innen, bei
160 Saisonarbeiter*innen oder im Baugewerbe deutlich vor Augen. Wir sagen diesen Formen der
161 Ausbeutung den Kampf an. Ein wirksames Mittel sind regelmäßig stattfindende
162 Arbeitsinspektionen, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie Schulungen in
163 europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden Angelegenheiten verbessern sollten. Auch
164 eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der Europäischen
165 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Sie sollte zudem eine stärkere Rolle für gemeinsame
166 koordinierte Inspektionen erhalten.

167 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von Subunternehmen zu
168 unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich verankern. Immer
169 wieder werden Arbeiter*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in überfüllten
170 Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überverteuerter Miete, die direkt

171 vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung wollen wir
172 deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.

173 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich Betroffene einfach
174 und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren Durchsetzung
175 Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche Finanzierung für die
176 Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und Unterstützungsstrukturen
177 ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle Partnerinnen in der
178 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische Zahlungen im
179 Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von Arbeitsnormen in der
180 Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität muss nun
181 effektiv umgesetzt werden.

182 Kinderarmut abbauen

183 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das entspricht
184 fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur nur sehr
185 eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen Mangel im
186 Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches
187 Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder gut ins Leben starten können. Dazu
188 brauchen sie eine bessere finanzielle Absicherung sowie den Zugang zu einer gut ausgebauten
189 Betreuung und sozialen Infrastruktur. Mit der Kindergrundsicherung hat die Bundesregierung
190 auf unsere Initiative in Deutschland ein zentrales Instrument im Kampf gegen Kinderarmut auf
191 den Weg gebracht. Armutsgefährdeten Kindern wird es besser gehen, Armut nicht mehr versteckt
192 sein und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre Kinder abgesichert
193 sind.

194 Auch die EU unterstützt die Mitgliedstaaten im Kampf gegen Kinderarmut. Mit der Europäischen
195 Kindergarantie gibt es seit 2021 erstmals ein europaweites Instrument, um Kinder aus
196 benachteiligten Verhältnissen zu unterstützen; das reicht vom kostenlosen Zugang zu Bildung
197 über gesunde Ernährung bis hin zu angemessener Unterbringung. Bei der Umsetzung der
198 Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die Zivilgesellschaft aktiv ein.

199 Soziale Mindeststandards verankern

200 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Hohe
201 Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell verschärft.
202 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen können, die
203 sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche
204 Mindeststandards.

205 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene Mindestsicherungssysteme zu
206 einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten Standards mit
207 einem sozialen Rechtsanspruch für Betroffene in den Mitgliedstaaten verbinden. In diesem
208 Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem jeweiligen
209 Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute Arbeit fördern und
210 die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland Rückenwind für einen
211 starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

212 Soziale Sicherung krisenfest machen

213 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge gegen
214 wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale Lehre aus den
215 Krisen der letzten Jahre sein. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen krisenfest
216 gemacht werden und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen ermöglichen.
217 Krisenbedingte Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten aber
218 überfordert viele Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze EU. Mit dem
219 europäischen Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der Coronapandemie
220 finanzielle Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den Einsatz von
221 Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten allein im Jahr
222 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf dieser
223 Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die Mitgliedstaaten ein
224 dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen Arbeitslosenversicherungen – und
225 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen Ausnahmesituationen
226 durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.

227 Wohnen bezahlbar machen

228 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Es muss als Teil der
229 Daseinsvorsorge verstanden werden. In gesicherten Wohnverhältnissen zu leben, ist für alle
230 Menschen existenziell. Knapper Wohnraum in den Städten, vielerorts steigende Mieten und ein
231 rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten Mieter*innen bis in die Mitte der
232 Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit. Wir wollen mehr bezahlbaren
233 Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen. Investor*innen, die europaweit im
234 erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien aufkaufen, treiben vielerorts Immobilien- und
235 Mietpreise in die Höhe. Wir wollen die bestehenden europäischen Regelungen den Prüfstand
236 stellen, um Mieter*innen in den Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu schützen.

237 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den extremsten
238 Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu
239 beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins Leben gerufen.
240 Der Dialog zwischen den Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden, damit sie voneinander
241 lernen können und bewährte Konzepte wie Housing First adaptieren können. Ferner wollen wir
242 die Unterstützung der betroffenen Menschen vor Ort stärken. Die europäischen Fördermittel
243 für entsprechende Vorhaben und Projekte wollen wir angemessen ausgestalten.

244 2. Starke Regionen

245 Kommunen stärken

246 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen und Kommunen.
247 Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen. Starke Kommunen
248 florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der kommunalen
249 Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip – also
250 Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein Europa, das
251 schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken.

252 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken soll, wo
253 Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben der

254 Bürger*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und das Ehrenamt
255 gepflegt. Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und mit einer
256 funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und
257 Arbeitnehmer*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf nicht dazu
258 führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen werden. Es braucht
259 deshalb gutes Vergabe- und Konzessionsrecht, das soziale und ökologische Kriterien in den
260 Mittelpunkt stellt – und dabei die öffentliche Hand stärkt. Es fördert die Rechtssicherheit
261 und ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige Angebote zu entscheiden. So können
262 Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Indem wir in der
263 EU die Rekommunalisierung vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir für neue
264 Entscheidungsspielräume vor Ort. Eine EU, die die kommunalen Gestaltungsspielräume
265 verteidigt und ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

266 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine existenzielle
267 Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der Bürgerinitiative
268 Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit Trinkwasser
269 soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen
270 Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der Wasserversorgung aus der
271 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

272 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft
273 brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb wollen wir
274 den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und
275 Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie die
276 Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden regionalen
277 Wettbewerbsfähigkeit (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und Regionen. Sie wollen wir
278 ausweiten. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und Eurodistrikte) soll
279 entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit grenzüberschreitenden
280 Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler*innen, der Zusammenarbeit der
281 Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung maßgeblich und nah am Alltag der
282 Bürger*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.

283 Zusammenhalt vor Ort fördern

284 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort: in den
285 europäischen Regionen und anhand konkreter Projekte. Eine effiziente Förderpolitik in der EU
286 ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen Wandels
287 ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der Regionen in
288 Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich in seiner
289 Größe an den Herausforderungen orientieren.

290 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese Herausforderungen
291 vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen Mitgliedstaaten.
292 Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei der
293 Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich. Strukturschwache und
294 ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und
295 Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt stellen,
296 um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

297 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große
298 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen Menschen und
299 Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss die EU-

300 Förderpolitik entgegenwirken. So stärken wir die Gestalter*innen der Zukunft vor Ort und
301 schaffen gute Perspektiven für die Regionen.

302 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig Effizienz und
303 Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die Fördermittel an
304 Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische Sozialfonds
305 (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns zahlreiche
306 Gründer*innen und Angestellte beraten, unterstützt und lebenslang weiter gebildet. Wir
307 statten den ESF+ mit ausreichend Mitteln aus, um über ihn unter anderem aktive
308 Beschäftigungspolitik und soziale Teilhabe zu fördern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass
309 die Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern für eine
310 gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten Arbeits- und
311 Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen wahrzunehmen,
312 werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum Standortvorteil.

313 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu entwickeln. Die
314 Beantragung der Mittel ist jedoch oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl der Anträge und
315 manche gute Projekte werden nicht verwirklicht. Das ändern wir, indem wir uns dafür
316 einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen und die Umsetzung zu erleichtern.
317 Dabei stellen wir die Zielgenauigkeit sicher. Gleichzeitig erhalten wir die nötige
318 Flexibilität, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Um bürokratische Hürden
319 abzubauen, wollen wir unter anderem bei kleineren Fördersummen mehr Pauschalen einführen und
320 ehrenamtliche Antragsteller*innen nach Projektbewilligung von der Vorfinanzierung befreien.
321 Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.

322 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger*innen und der Zivilgesellschaft
323 vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft gegenseitiges
324 Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung
325 (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche Beratungen
326 oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten sein. So
327 sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

328 Chancen in ländlichen Räumen nutzen

329 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung entscheidet erheblich über
330 den Erfolg einer EU, die zusammenhält. Die Verkehrswende kann die ländlichen Räume näher
331 zusammenbringen. Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell gestärkte Kommunen
332 schaffen. Die Entwicklung aller ländlichen Räume ist für uns ein zentrales Ziel. Alle
333 Menschen sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie eine
334 verlässliche Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und austauschen können.
335 Wir wollen die Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und
336 multifunktionale Einrichtungen unterstützen. Um das zu erreichen, wollen wir Förderansätze
337 wie LEADER und den EU-Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter stärken.

338 Energie wird wieder zunehmend in der Fläche erzeugt, das schafft zusätzliche Wertschöpfung
339 auf dem Land. Den Flächenverbrauch wollen wir dabei minimieren und konsequent Mehrfachnutzen
340 mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-Anlagen, Biodiversitäts-Photovoltaik oder
341 mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten Flächen. Den Ausbau der Erneuerbaren und
342 die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft werden wir durch den gezielten Einsatz
343 von Förderungen so unterstützen, dass die Menschen vor Ort davon profitieren. Wir setzen uns
344 dementsprechend dafür ein, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des
345 ländlichen Raums (ELER) in die Kohäsionsmittel zu integrieren und es auszubauen.

346 Vergaberecht modernisieren

347 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung des Green
348 Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine sichere Zukunft,
349 auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen Kriterien
350 ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für eine
351 gerechte und zukunftsfeste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile europäische
352 Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am Menschen
353 ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die europäische
354 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen Arbeitsmarkt: Es
355 entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs werden. Ein
356 starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer*innen in ganz Europa.

357 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel wollen wir
358 nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollten in der EU
359 konsequent nachhaltig erfolgen. Daher wollen wir die Richtlinie für öffentliches
360 Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeitskriterien ausrichten.

361 Dabei bleiben Transparenz, Digitalisierung, Entbürokratisierung und unkomplizierte Verfahren
362 unsere Leitlinien. Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die Vergabe
363 öffentlicher Aufträge bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare
364 Beschaffungspolitik minimiert. Die einfache Kommunikation der Regeln und eine aktive
365 Unterstützung für kleine und lokale Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf die
366 rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgen dabei für Gerechtigkeit. Die Vergabe öffentlicher
367 Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten Konditionen.

368 3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung

369 Gesundheitskrisen europäisch bewältigen

370 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt.

371 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen für unsere
372 Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir ihnen
373 gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der
374 Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch langjährige
375 Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zustande gekommen
376 ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstungen und
377 Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei Grenzsicherungen
378 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische Notsituationen
379 abgefedert. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention und die
380 Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und zwischen den
381 Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu bewältigen.

382 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die Krisenvorsorge zu
383 stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene zusammenarbeiten. Die EU
384 hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu ergänzen. Sie
385 kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene setzen wir uns
386 dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale Gesundheitsinitiativen
387 politisch, finanziell und personell zu stärken sowie den globalen Zugang zu bezahlbaren
388 Medikamenten zu verbessern. Das ist eine Frage der Solidarität, denn Gesundheitskrisen
389 treffen die Ärmsten häufig am stärksten. Es liegt aber auch in unserem Eigeninteresse, denn

390 Pandemien sind globale Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven Technologie- und
391 Wissenstransfer bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Monopole auf
392 geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen
393 Schutzmaterialien, Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht verhindern.

394 Lehren aus der Pandemie ziehen

395 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten Zeichen der
396 Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den Folgen von
397 Covid-19. Betroffene von myalgischer Enzephalomyelitis bzw. dem chronischen
398 Erschöpfungssyndrom (ME/CFS), von Post-Vac oder von Long Covid finden nicht die notwendige
399 Aufmerksamkeit, werden fehldiagnostiziert oder treffen auf Vorurteile. Deshalb wollen wir
400 auf europäischer Ebene Forschungsgelder zur Diagnostik dieser Krankheitsbilder sowie zu
401 Heilungsmethoden bereitstellen. Zudem braucht es mehr europäischen Austausch, beispielsweise
402 durch ein EU-Sachverständigenetzwerk.

403 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer sogenannten
404 Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde. Damit
405 unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit nicht isoliert
406 betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der
407 Tiergesundheit steht. Deshalb ist der One-Health-Ansatz ein Leitbild für unsere
408 Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für die Natur hilft im Kampf gegen Zoonosen; weniger
409 Antibiotika in der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen; saubere Luft
410 und weniger Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

411 Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen

412 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig, konfliktreich
413 und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen sind. Diese
414 Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei vielen jungen
415 Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Im Gegensatz zur körperlichen wird der
416 seelischen Gesundheit im öffentlichen Gesundheitswesen aber oft nicht die nötige
417 Aufmerksamkeit zuteil. Das wollen wir auch mit der Unterstützung aus Europa ändern. Wir
418 setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch dafür, die
419 bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen besser zu
420 behandeln. Wir treten für eine Vernetzung von Expert*innen in Europa ein und wollen zusammen
421 mit den Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln. Da die Ursachen für mentale
422 Gesundheitsprobleme vielfältig sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen. Darum
423 setzen wir uns dafür ein, dass die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit übergreifend in
424 allen relevanten Politikfeldern mitgedacht werden. Dafür braucht es ein größeres
425 Problembewusstsein in der EU und ihren Institutionen. Wir begrüßen in dieser Hinsicht die
426 Strategie der EU-Kommission für psychische Gesundheit und setzen uns für eine möglichst
427 rasche und umfassende Umsetzung ein.

428 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die Betroffenen häufig
429 ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen. Die Pandemie
430 hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns mit
431 unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und Integration ein.

432 Arzneimittelversorgung sicherstellen

433 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens: alternde
434 Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die
435 Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und ihren
436 Wirkstoffen zu sehr von Importen aus Drittstaaten abhängig ist – und damit häufig auch eine
437 Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten Umweltstandards in Kauf nimmt.

438 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat die EU-
439 Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir begrüßen die
440 Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und nachhaltiger zu machen
441 sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser vorzubeugen und diese
442 früher zu melden.

443 Um Unternehmen zu ermutigen, Arzneimittel und Wirkstoffe in Europa zu entwickeln und zu
444 produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei setzen wir zwei
445 Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit unentbehrlich sind,
446 beispielsweise wichtige Antibiotika, durch eine Produktion in Europa zuverlässig verfügbar
447 sein. Zum anderen wollen wir hier Wirkstoffe für Krankheiten entwickeln, für die es bislang
448 keine oder nur unbefriedigende Diagnose- oder Therapiemöglichkeiten gibt. Die Anreize für
449 Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen zugleich aber nicht
450 die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt von
451 Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für geschlechterspezifische
452 Forschung und Medizin ein, damit Unterschiede bei Diagnose und Behandlung zwischen Frauen
453 und Männern besser berücksichtigt werden.

454 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden. Der Mangel an
455 Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu immensen
456 Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung eingesetzt
457 werden, sollte das mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung sowie die
458 Preisgestaltung einhergehen.

459 Gesundheitsdaten sicher nutzen

460 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die gesundheitliche
461 Versorgung von Patient*innen und die Forschung. Krankheiten können besser diagnostiziert,
462 Krankheitsursachen erforscht, Doppeluntersuchungen vermieden und die Behandlung von
463 Patient*innen zwischen verschiedenen Ärzt*innen und Krankenhäusern grenzüberschreitend in
464 ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll deshalb europaweit
465 den Zugang zu digitalen Patient*innen-Akten ermöglichen.

466 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz die Rechte der Patient*innen stärken. Eine
467 Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der Patient*innen, eine
468 Rückverfolgbarkeit der Daten muss ausgeschlossen werden. Sie sollen Zugang zu den Daten
469 bekommen, die über sie gespeichert sind. Auch die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen müssen
470 umfassend berücksichtigt werden.

471
472 Wir möchten die anonymisierten bzw. pseudonymisierten Gesundheitsdaten auch für die
473 Forschung und für öffentliche Stellen zur besseren Einschätzung von Notsituationen in der
474 Gesundheitsversorgung zugänglich machen. Dies stellt einen wichtigen Paradigmenwechsel in
475 der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu größeren
476 Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die Versorgung der

477 Patient*innen verbessern. Wichtig ist dabei, dass dies rechtssicher und unter Wahrung des
478 Datenschutzes erfolgen darf, denn die Informationen zur eigenen Gesundheit gehören zu den
479 sensibelsten und persönlichsten Daten überhaupt.

480

481 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen ist eine einheitliche
482 technische Sprache, um eine Zusammenführung von Daten und eine grenzüberschreitende Nutzung
483 in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und verpflichtende Nutzung von
484 international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen Schnittstellen durch die
485 Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

486 Antibiotikaresistenzen eindämmen

487 Antibiotika können Menschenleben retten. Das soll auch in Zukunft gewährleistet sein. Daher
488 müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren. Durch einen
489 verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und Verbreitung
490 multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten gesundheitlichen
491 Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen Immunsystemen wie
492 Älteren, Kindern oder Menschen mit Erkrankungen führen sie jedes Jahr zu Hunderttausenden
493 Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika nur dort eingesetzt werden, wo
494 es sie wirklich braucht. Das muss besonders die Landwirtschaft in den Blick nehmen. Wir
495 wollen den umsichtigen Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin stärken und die Forschung
496 fördern. Zudem sollten schnelle Diagnostiktests, die vor einer Verschreibung überprüfen, ob
497 die Behandlung mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar sein.

498 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin vorbehalten bleiben
499 und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den entsprechenden
500 Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen Produkten
501 beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch Maßnahmen für
502 bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von Antibiotikarückständen in
503 die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und wirksamer
504 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

505 Der Pflege den Rücken stärken

506 Ein starkes öffentliches Gesundheitswesen und eine bedarfsgerechte Pflege sind
507 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu fördern. Der
508 Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch hier in
509 Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die berufliche
510 Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die Arbeitsbedingungen des
511 Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für
512 Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen innerhalb der EU
513 und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für wettbewerbsfähige
514 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen Branchen ein.
515 Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen sowie in die Aus- und
516 Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Auch ein stärkeres Engagement der EU in Forschungs-
517 und Modellprojekten sowie ein Wissens- und Erfahrungstransfer zur Verbesserung der
518 Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten wollen wir
519 fördern.

520 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern, fordern wir
521 eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der

522 Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten Haushalten
523 einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.

524 Cannabis europaweit legalisieren

525 An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin zu einem unideologischen und zeitgemäßen
526 Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Wir setzen uns auch in Europa für eine zeitgemäße
527 Drogenpolitik ein, die Gesundheit und Jugendschutz in den Vordergrund stellt und die
528 kriminellen Strukturen hinter dem Drogenhandel effektiv bekämpft. Mit einem ersten großen
529 Schritt bei der Legalisierung von Cannabis in Deutschland macht die Ampelkoalition endlich
530 Schluss mit der gescheiterten Drogenpolitik der letzten Jahrzehnte und setzt auf Vernunft
531 statt Kriminalisierung. Wir entlasten Polizei und Justiz und stärken die Konsument*innen in
532 ihrer freien bewussten Entscheidung.

533 Indem wir kontrollierte, aber legale Bezugswege für Cannabis schaffen, stärken wir die
534 Verbraucher*innen und dämmen den Schwarzmarkt ein. Gleichzeitig stärken wir Prävention und
535 Verbraucherschutz. Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den
536 Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir streben eine europaweite
537 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an. Deshalb werden wir uns in Europa
538 dafür einsetzen, dass das europäische und internationale Recht in Bezug auf die Produktion,
539 den Vertrieb und Verkauf von Cannabisprodukten entschärft wird.

540 **4. Bildung und Chancen**

541 Europas Hochschulen besser vernetzen

542 Europas Hochschulen sind die Grundlage für Chancen und Innovation. Wenn wir sie vernetzen,
543 können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für den ganzen Kontinent
544 nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung von europäischen Hochschulen oder
545 Hochschulnetzwerken eingesetzt – und begrüßen, dass nach einer Pilotphase 2018 jetzt bereits
546 zwei Ausschreibungsrunden stattfinden konnten. Wir setzen uns für weitere
547 Ausschreibungsrunden sowie eine engere Zusammenarbeit der Hochschulnetzwerke ein.

548 Wir unterstützen die Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European Degree). Ein
549 European Degree kann ein zusätzliches Qualitätssiegel darstellen, das binationale,
550 trinationale bzw. europäische und internationale Abschlüsse als zusätzliches Qualitätssiegel
551 aufwertet und damit Anreize für die Internationalisierung von Studiengängen schafft.

552 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche in Museen,
553 Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue Horizonte. Viele
554 dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für Studierende aus
555 anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen
556 Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card (ESC) und dem
557 digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für einen
558 europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten
559 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten und
560 Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

561 Berufsabschlüsse europaweit anerkennen

562 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten, eröffnet viele
563 neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben wir mit
564 Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlusssystem in der EU
565 geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus einem Land in
566 einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und Absolvent*innen
567 müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr bürokratische Prozedur durchlaufen.
568 Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger eingestuft, teils ist die Anerkennung
569 sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass Universitätsabschlüsse einfacher und
570 schneller in jedem Land der EU anerkannt werden.

571 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft kompliziert,
572 langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders kontraproduktiv. Für
573 eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis (EBA) in ihrem
574 Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich die
575 Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen lassen zu
576 können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich erweitern.

577 Politische Bildung gegen Desinformation

578 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und
579 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre Mittel:
580 Desinformationen und Fake News. Sie operieren immer mehr grenzüberschreitend und versuchen,
581 den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu unterminieren. Ihre
582 Verschwörungsmythen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und europäisch
583 koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für politische
584 Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die europäische
585 Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche und junge
586 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger*innen als Informationsquelle zur Verfügung
587 stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen.

588 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse zielgruppengerecht
589 erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in Zeiten von
590 Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und Aufklärung auch
591 eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und nach klaren
592 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir unsere
593 demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

594 Mit Erasmus Europa kennenlernen

595 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der EU. Über
596 Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und berufliche
597 Austausch ermöglicht.

598 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr Menschen
599 diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für Urlaub oder
600 Austauschzeit im Ausland fehlt. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause ins Ausland
601 zu gehen, und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie leisten zu
602 können, eine Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-
603 Teilnehmer*innen einführen, das es ihnen ermöglicht, einmal pro Halbjahr kostenlos nach
604 Hause und zurück zu fahren.

605 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung
606 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie Informationen
607 barrierefrei zur Verfügung stellen. Wir wollen mit Großbritannien Wege finden, wie Menschen
608 auf beiden Seiten nach dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.

609 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das Programm
610 noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele Möglichkeiten,
611 neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit besseren
612 Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen wir
613 Erasmus+ für Auszubildende stärken.

614 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die Jugendarbeit. Mit Blick
615 auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür einsetzen,
616 die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

617 5. Europas Jugend

618 Jugend beteiligen

619 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis füreinander. Um dies
620 zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine außerordentliche
621 Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen und europaweit
622 Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die
623 Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer
624 Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von
625 Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden scheitert.
626 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung über
627 Erasmus+ aus.

628 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst zu Wort
629 kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind derzeit im
630 politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in Deutschland
631 Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen uns dafür
632 ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit
633 wird.

634 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa strukturell weiter
635 stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal für die
636 Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene geschaffen, dieser
637 soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die Ergebnisse
638 dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission einfließen
639 und junge Menschen und ihre Interessenvertreter*innen künftig regelmäßig im Europäischen
640 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem die
641 Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen. In der EU-
642 Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir wollen
643 sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen junger
644 Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die
645 Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet wird.

646 Freiwilligendienste ausbauen

647 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der Zivilgesellschaft
648 kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen Europäer*innen ist
649 elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der Demokratieförderung,
650 Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

651 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen, gerade
652 auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen wir bessere
653 Rahmenbedingungen schaffen, damit Engagement etwas ist, das sich jede und jeder leisten
654 kann. Für die Durchführung von Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine, Verbände
655 und Organisationen, die sie anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte der
656 Demokratie und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

657 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die Erfahrungen,
658 das Wissen und das Engagement von Senior*innen in ganz Europa fruchtbar machen: Viele von
659 ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit einem
660 europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior*innen überall in
661 der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft mitarbeiten können.

662 Europa entdecken

663 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal im Jahr
664 werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann in einem
665 bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können. Gemeinsam mit
666 anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie vielfältig
667 Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es zukünftig noch
668 ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame Erlebnisse zu
669 schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen Menschen aus
670 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen, dass Gruppen
671 aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

672 6. Verbraucherschutz

673 Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen

674 Der Rechtsschutz der Verbraucher*innen macht die EU zu einer Union der starken Bürger*innen.
675 Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen Binnenmarkt
676 gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert Konsum,
677 Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur Vorreiterin:
678 Gebührenfreies Roaming, ein nutzer*innenfreundlicher Strommarkt, moderne Infrastruktur oder
679 sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

680 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile Endgeräte,
681 den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische Standard
682 stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und erleichtert
683 merklich das Leben der Verbraucher*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum digitaler
684 Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose
685 Ladetechnologien mit einschließen.

686 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,
687 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher*innen bessere
688 Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass relevante
689 Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.

690 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur
691 Konsument*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturanleitungen. Ein
692 kaputter Handyakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine Neuanschaffung
693 bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen verlängert sich mit
694 dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare Produkte die
695 Geldbeutel der Bürger*innen entlasten.

696 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur Selbstverständlichkeit.
697 Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen Gebrauchsgegenständen
698 geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände gesundheitsschädlicher Halb-
699 oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um Sicherheit
700 und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und schaffen ein
701 Register für Nanopartikel.

702 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der Verbraucher*innen
703 gestalten. Mit geringen Infrastrukturkosten sowie intelligent aufeinander abgestimmten
704 Mechanismen von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der günstigen Stromerzeugung
705 bei ihnen. Wir stärken die Teilhabe von Verbraucher*innen durch die einfache Integration von
706 Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

707 Fahrgastrechte garantieren

708 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger*innen komfortabel und sicher nutzbar sein.
709 Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden – ganz
710 egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir ein europaweites einheitliches
711 Ticketsystem einführen, das Reisen mit dem Zug attraktiver macht und den Planungsaufwand
712 erheblich senkt.

713
714 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die Entschädigung für
715 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75 Prozent nach
716 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert.

717 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel ankommen.
718 Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im Verbraucherschutz bei
719 Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch der
720 Verbraucher*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von Flugreisen.
721 Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in die Verordnung
722 aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur Information der
723 Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. So stärken wir den Anspruch der
724 Verbraucher*innen auf Entschädigungen.

725 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die Regelungen zur
726 Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für eine
727 einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente Preisgestaltung für
728 alle Gepäckvarianten ein.

729 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass alle
730 Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

731 Vor Kostenfallen schützen

732 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine erhebliche
733 Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung sein.
734 Verbraucher*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge zu kündigen,
735 oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der Kündigung. Die
736 Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur Kostenfalle.
737 Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir einen leicht
738 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir sorgen so für
739 ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird die
740 europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die Beweislast
741 für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist diese nicht
742 rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher*innen: Verträge sollen
743 dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können. Wir setzen
744 uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben Kund*innen so
745 die Kontrolle über ihre Verträge zurück.